

# RATHAUSREPORT

## Gesundheit ist keine Ware

*DIE LINKE fordert dauerhafte Sicherung des Babelsberger Strahleninstituts als Ärztehaus*

In der vergangenen Woche schlugen die im Strahleninstitut ansässigen Ärzte öffentlich Alarm. Sie machten publik, dass der bisherige Eigentümer – die AOK, das in Babelsberg sehr beliebte und wichtige Ärztehaus an die Hamburger Immobiliengesellschaft Evoreal verkauft hat. Diese hat das Objekt als Teil eines Portfolios erworben und bereits angekündigt, es weiterveräußern zu wollen. Damit sind die ansässigen Arztpraxen in ihrem Bestand akut gefährdet – sind sie einer lukrativen Verwertung der Immobilie doch wahrscheinlich im Wege.

DIE LINKE brachte deshalb kurzfristig einen Dringlichkeitsantrag in die Stadtverordnetenversammlung ein. Der Oberbürgermeister soll nun prüfen, wie das Strahleninstitut als Standort für die fach- und hausärztliche Versorgung dauerhaft gesichert werden kann. Michél Berlin forderte in seiner Einbringung, die Stadt müsse dabei auch prüfen, ob sie das Haus gegebenenfalls selbst oder über eine ihrer Gesellschaften erwerben könne. Das für die ärztliche Nahversorgung in Babelsberg unverzichtbare Haus dürfe nicht zum Spekulationsobjekt werden, so Berlin. Der Verbleib des breit aufgestellten Standorts wäre dann extrem gefährdet. Die Stadt sei deshalb in der Pflicht, zur Sicherung des Standorts aktiv zu werden.

Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert begrüßte den Auftrag an die Verwaltung. Bereits unmittelbar nach der Presseberichterstattung habe man Kontakt zu den Ärzten und auch dem Eigentümer Evoreal aufgenommen. Die Stadt habe deutlich gemacht, dass man den Standort dauerhaft gesichert wissen wolle. Ein anderer pikanter Umstand kam erst in der Plenardebatte ans Licht. Stefan Wollenberg (DIE LINKE.) warf der Verwaltung Untätigkeit vor: Der Verkauf hätte bereits im Vorfeld gestoppt werden können und müssen, denn die Stadt hätte ein Vorkaufsrecht gehabt. Er wollte wissen, warum dieses nicht ausgeübt wurde. Der Finanzbeigeordnete Burkhard Exner war dazu nicht Auskunftsfähig. Er will im kommenden Hauptausschuss berichten. Dass die Verkaufspläne der AOK in der Verwaltung nicht die Alarmglocken auslösten, hält Wollenberg für höchst bedenklich.

Grüne und CDU führten in der Debatte ins Feld, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt begrenzt seien. Dem Antrag verweigerten sie sich dennoch nicht. Er wurde am Ende mit nur einer Enthaltung beschlossen.

Grüne und CDU führten in der Debatte ins Feld, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt begrenzt seien. Dem Antrag verweigerten sie sich dennoch nicht. Er wurde am Ende mit nur einer Enthaltung beschlossen.

Grüne und CDU führten in der Debatte ins Feld, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt begrenzt seien. Dem Antrag verweigerten sie sich dennoch nicht. Er wurde am Ende mit nur einer Enthaltung beschlossen.

Grüne und CDU führten in der Debatte ins Feld, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt begrenzt seien. Dem Antrag verweigerten sie sich dennoch nicht. Er wurde am Ende mit nur einer Enthaltung beschlossen.

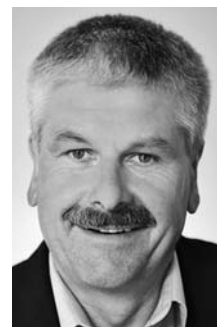
Grüne und CDU führten in der Debatte ins Feld, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt begrenzt seien. Dem Antrag verweigerten sie sich dennoch nicht. Er wurde am Ende mit nur einer Enthaltung beschlossen.

## Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die letzte Sitzung vor der Sommerpause geriet zu einem Härte-test. In Erwartung eines zügigen Ablaufs verzichtete der Ältestenrat auf die übliche Abendbrot-pause. Das führte dazu, dass die Tagesordnung mit knapp 100 Punkten in einem Stück zwischen 15.00 und 20.30 Uhr abgearbeitet wurde. Die Diskussion um die Zukunft der Biosphäre und der Streit um den Modellversuch in der Zeppelinstraße nahmen dann doch reichlich Zeit in Anspruch. Während sich die Linksfraktion, die Vorlage des Oberbürgermeisters unterstützend, ganz klar für den Erhalt der Biosphäre und ihre Ergänzung um Funktionen eines Bürgertreffs einsetzt, spielt die wiedererstandene Rathauskooperation auf Zeit. Dabei geht es offensichtlich um die schrittweise Vorbereitung auf den Abriss der Halle, die mit einem fragwürdigen Bürgerbeteiligungsverfahren bemäntelt wird. Unseren Antrag auf eine Bürgerbefragung zum Erhalt der Biosphäre haben SPD, CDU und Grüne abgelehnt. Bei der Zeppelinstraße haben SPD, CDU und Grüne den Antrag der Linken zur Begrenzung des Modellversuchs auf drei Monate abgelehnt. Das steht in totaler Widersprüche zur heftigen Diskussion, die dazu in der Stadt geführt wird. Versagt haben SPD, CDU und Grüne auch, indem Sie nicht bereit waren, dem Antrag der Linksfraktion zur Verlängerung der Verträge für das Rechenzentrum um mindestens fünf Jahre sofort zuzustimmen. Damit ist vorerst die Chance verspielt worden, zur richtigen Zeit ein klares Signal für den Erhalt des Rechenzentrums zu setzen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg





## Der direkte Draht zum Jobcenter

*Seit 12 Jahren müssen Arbeitslose, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind, Leistungen für ihren Lebensunterhalt beim Jobcenter in Potsdam beantragen. Über konkrete Termine hinaus ist die einzige Kontaktmöglichkeit für die Kunden des Jobcenters dessen Servicecenter bzw. der Empfang. Von dort müssen die Anliegen bzw. Unterlagen der Kunden ggf. An die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen weitergeleitet werden. Dies führt teilweise zu Wartezeiten und Reibungsverlusten. Es wäre wesentlich sinnvoller, ein Verfahren zu entwickeln, das den Kunden ermöglicht, einen direkteren Kontakt insbesondere bei Problemstellungen zu ihren Fallmanagern zu bekommen. So könnten sie sich mit ihren Anliegen gezielt an ihren Sachbearbeiter der jeweiligen Abteilung wenden.*

*Doch dies ist leider nicht möglich. Fallmanager seien entweder im direkten Kundenkontakt oder sitzen an Stellungnahmen bzw. Bescheiden. Eine kurze Unterbrechung ihrer Tätigkeit sei nicht möglich, so das Jobcenter.*

*Mit unserem Antrag für eine bessere Erreichbarkeit der Mitarbeiter im Jobcenter wollten wir die Trägerversammlung in Abstimmung mit der Arbeitsagentur Potsdam bitten, eine Vereinfachung für die betroffenen Empfänger von Hartz IV-Leistungen zu diskutieren und einen Vorschlag zu erarbeiten. Dieses Anliegen fand im Sozialausschuss keine Mehrheit. Und so wurde unser Antrag erneut in den Fachausschuss überwiesen und wird dort am 5. September erneut beraten werden.*

Jana Schulze  
Sozialpolitische Sprecherin

# Zukunft der Biosphäre weiter ungewiss

*SPD, CDU und Grüne verzögern Entscheidung in der SVV*

Eigentlich sollte in der letzten SVV vor der Sommerpause eine Entscheidung zur Zukunft der Biosphäre getroffen werden. Kaum eine Einrichtung in Potsdam dürfte so häufig und gründlich auf alternative Nutzungsmöglichkeiten untersucht worden sein - Schule, Sporthalle, Bürgerzentrum & Jugendklub, Kiezbad - Ideen gab es viele. In den Untersuchungen zeigte sich, alle diese Nutzungen lassen sich in dafür ausgerichteten Neubauten sowohl im Bau als auch im Unterhalt deutlich günstiger realisieren. Darüber hinaus erfreut sich die Biosphäre gerade bei den jüngsten Potsdamern und ihren Familien großer Beliebtheit - bei einer Umfrage des Stadtjugendrings war das Haus vor gut zwei Jahren mit Abstand zur beliebtesten Einrichtung in Potsdam gewählt worden. Ja - 1,9 Mio Euro Zuschuss im Jahr sind kein Pappentier, umgerechnet auf Besucherzahlen aber deutlich weniger als beispielsweise für das Hans-Otto-Theater oder den Nikolaisaal. Kein Mensch käme deshalb auf die Idee, diese Kulturstätten zu schließen.

DIE LINKE hat sich deshalb klar positioniert: Die Biosphäre soll mit ihrer Kernfunktion der Tropenhalle erhalten bleiben. In Nebenbereichen wie dem Foyer, der Orangerie oder dem Restaurantbereich können neue und zusätzliche Funktionen Platz finden. Sollte sich - wie in den letzten Ausschreibungen - kein privater Betreiber finden lassen - soll der Entwicklungsträger die Halle dauerhaft selbst weiter betreiben.

Vor allem die SPD drängte aber in einer Sondersitzung des Hauptausschusses am 04.07.

auf eine nochmalige Grundsatzprüfung. Hans-Jürgen Scharfenberg brachte es in seinem Redebeitrag auf den Punkt: hier gehe es offensichtlich um eine Machtprobe zwischen dem Oberbürgermeister und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden. Die Tropenhalle soll offenbar mit aller Macht beerdigt werden. Nun soll es ein „Experten-Workshop“ im November richten, in dem die verschiedenen Varianten, einschließlich eines möglichen Abrisses erneut diskutiert werden sollen. Welche neuen Erkenntnisse sich die Initiatoren dieses Vorgehens davon erhoffen, bleibt indes unklar. Dennoch wurde es auch in der SVV mehrheitlich bestätigt, getragen von der alten, neuen(?) Rathauskooperation. Bleibt zu hoffen, dass die versammelten „Experten“ auch das mehrfach vorgetragene Angebot des Landes zu Fördermöglichkeiten für einen Weiterbetrieb der Tropenhalle als touristische und Bildungseinrichtung endlich noch einmal ernsthaft in den Blick nehmen. Ansonsten muss man wohl befürchten, dass die Verzögerungstaktik vor allem darauf ausgerichtet ist, eine Legitimation für den späteren Abriss der Biosphäre zu liefern, frei nach dem Motto: „Wir hätten ja gern ..., aber leider, leider ...“

Denn wie ernst es SPD, CDU und Grünen mit der ebenfalls im Verfahren verankerten „Bürgerbeteiligung“ ist, zeigte sich in der Abstimmung: die von der LINKEN in einem Ergänzungsantrag geforderte Bürgerbefragung zur Grundsatzfrage „Erhalt oder Abriss“ wurde mehrheitlich mit den Stimmen dieser Fraktionen abgelehnt.

## Fragen – Antworten

### Förderperioden bei freien Trägern

Dr. Karin Schröter fragte nach, ob die mit dem Haushalt 2017 beschlossene Verlängerung der Förder- bzw. Zuwendungsperioden in den Bereichen Kultur und Soziales auf mindestens 2 Jahre umgesetzt wird. Die Stadt sollte prüfen, welche Träger in Frage kommen und die Ergebnisse ab 2018 umsetzen. Angesichts der bereits laufenden Haushaltsberatungen erkundigte sie sich nun nach dem Stand der Dinge. Mike Schubert teilte mit, dass die Prüfungen in beiden Fachbereichen noch laufen, die Umsetzung aber dennoch mit dem neuen Haushalt für 2018/19 erfolgen soll.

### Kostenloses Frühstück an Grundschulen

Gleich zwei Fragen beschäftigten sich mit dem zum neuen Schuljahr beginnenden Modellprojekt. Jana Schulze wollte für DIE LINKE.

wissen, welche Möglichkeiten bestünden, alle sieben Schulen, die Bedarf angemeldet hatten, in die Versorgung einzubeziehen - vorgesehen sind derzeit fünf Standorte. Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert erwiderte, dass die Beschlussfassung seinerzeit von fünf teilnehmenden Schulen ausgegangen war. Die Anfrage habe die Verwaltung nunmehr zum Anlass genommen, zu prüfen, ob eine frühere Einbeziehung der zwei übrigen Schulen möglich sei

Dr. Sigrid Müller erkundigte sich, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssten, damit das Frühstück an allen Schulen bereits vor Unterrichtsbeginn ausgereicht werden könne, da es derzeit an 4 von 5 Schulen erst um 09.30 Uhr vorgesehen sei. Mike Schubert begründet dies mit fehlendem Aufsichtspersonal an den betroffenen Standorten. Im Fachbereich Bildung werden derzeit Möglichkeiten geprüft, hier mit ehrenamtlichen Kräften zu unterstützen, um ein früheres Frühstück zu ermöglichen. Ein Ergebnis werde für beide Punkte nach der Sommerpause vorliegen.

## Eingangsbestätigungen im Jobcenter

Betroffene haben sich an Jana Schulze gewandt und darüber informiert, dass das Jobcenter die Ausstellung von Eingangsbestätigungen für abgegebene Unterlagen unter Verweis auf eine interne Dienstanweisung verweigert. Sie möchte daher wissen, auf welcher Rechtsgrundlage diese Anweisung basiert. Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert teilt für die Verwaltung mit, dass eine solche Dienstanweisung nicht existiere. Er bietet an, aufgetretene konkrete Fälle im direkten Kontakt mit der Direktion des Jobcenters zu klären.

## Videoüberwachung am Schlaatz

Stefan Wollenberg fragt nach dem Verantwortlichen und der Rechtsgrundlage für die Aufstellung einer Videoüberwachungsanlage auf dem Parkplatz vor der Schilfhof-Gesamtschule. Die Anlage sei nach mehrfachem Diebstahl der Baustrom-Versorgung durch den KIS aufgestellt worden, informiert Mike Schubert. Die Aufstellung erfolgte auf der Grundlage des Landesdatenschutzgesetzes und die Anlage wird nur in der Zeit von 17.00 – 07.00 Uhr alarmaktiviert betrieben. Damit sei es gelungen, weitere Diebstähle bisher zu unterbinden.

### Beschlossen

## Dauerausstellung im Potsdam-Museum

Der Vorschlag von Dr. Karin Schröter, den Besuch der Dauerausstellung im Potsdam-Museum künftig kostenfrei zu ermöglichen, wurde im Kultur-Ausschuss breit diskutiert. Damit werde ein unbezahlbarer Beitrag zur kulturellen und ästhetischen Bildung geleistet – der ideelle Gewinn übersteige die derzeitigen Einnahmen bei weitem. Nach einstimmiger Zustimmung im Kultur- und Finanzausschuss entschied auch die SVV in diesem Sinne.

## Jugendclubs im Norden

Nach dem Auftritt der Jugendlichen aus dem Ribbeck in der Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wollte DIE LINKE mit ihrem Antrag erreichen, dass ihnen endlich eine Perspektive für ihr Haus aufgezeigt wird. Im Jugendhilfeausschuss hatte der Sozialbeigeordnete Mike Schubert konkrete Planungen für zwei Standorte im Norden vorgestellt und auch die erneute Prüfung einer umfänglichen Sanierung des Ribbeckes zugesagt. Die Ergebnisse sollen auch den Nutzer\*innen im Ribbeck im September vorgestellt werden. Das beschloss nun auch die SVV.

## Aufstellung von Biomooswänden

Ralf Jäkel schlug die Aufstellung sogenannter „Biomooswände“ als natürliche Luftfilter an besonders belasteten Straßen vor. Andere Kommunen hätten damit bereits positive Erfahrungen gesammelt. Der Prüfung einer solchen Maßnahme stimmte die SVV mehrheitlich zu, nachdem der Oberbürgermeister gegen den von den Grünen gestellten Überweisungsantrag in den KOUL-Ausschuss interveniert hatte.

## Vorrangschaltung für Rettungsdienste

Rettungsfahrzeuge sollen künftig mittels Sensoren die Ampelschaltungen in der Stadt bedienen können. Das schlug Ralf Jäkel vor. Mike Schubert verwies auf die Komplexität der Verkehrssteuerung, sagte eine entsprechende Prüfung aber zu. Dem stimmte auch eine Mehrheit der Stadtverordneten zu.

## Schulwegsicherung in der Knobelsdorffstraße

Matthias Lack forderte mit seinem Antrag für DIE LINKE eine Sicherung insbesondere der Kreuzungsbereiche in der Knobelsdorffstraße durch Absenkung von Bordsteinen und die Verhinderung illegalen Parkens. Die Maßnahmen sollen im Rahmen des Schulwegsicherungskonzeptes eingeordnet werden. Die SVV stimmte dem Anliegen mehrheitlich zu.

### Überwiesen

## Weiternutzung Rechenzentrum

Alle bisherigen Verträge zur Nutzung des Rechenzentrums laufen im August 2018 aus. Alternativen werden in einem Jahr auf keinen Fall zur Verfügung stehen. Das machte Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Einbringung des Antrags deutlich. Ein Vertreter der Nutzer\*innen verwies auf die existenzielle Bedeutung des Hauses für Potsdams Kunst- und Kreativszene. Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung sollte deshalb ein Nebeneinander des Rechenzentrums und des noch zu errichtenden Kirchturms sein. Mit ihrem Antrag fordert DIE LINKE eine Verlängerung um zumindest fünf Jahre. Obwohl ein hoher Zeitdruck besteht, wurde der Antrag in den Kultur- und in den Hauptausschuss überwiesen. Eine Entscheidung ist damit in den Herbst verschoben.

## Erhalt des „Minsk“

Hans-Jürgen Scharfenberg beantragte, beim Verkauf des Minsk nach einem Erwerber zu suchen, der das Gebäude erhalten wolle. Die bestehenden Spielräume beim Kauf einer de facto städtischen Immobilie müssten dafür genutzt werden. Der OB deutete an, dass sich

ein solcher Weg sicher finden ließe. Der Antrag wurde in den Haupt- und in den Bauausschuss verwiesen.

## Qualifizierung des Potsdamer Baustellen-Managements

Die Abstimmung und Genehmigung von Verkehrseinschränkungen durch Baustellen soll künftig besser auf die Funktionsfähigkeit des sogenannten blauen Netzes der wichtigsten Hauptstraßen ausgerichtet werden. Das forderte Ralf Jäkel in einem Antrag und verwies auf zahlreiche Negativ-Beispiele der letzten Monate. Das Anliegen wurde zunächst in den Bauausschuss verwiesen.

## Dauerbrenner Zeppelinstraße

### Feldversuch bleibt umstritten

Am 01. Juli hat die Einengung der Zeppelinstraße zur Senkung der Luftbelastung offiziell begonnen. Der Ärger bei Autopendlern, ÖPNV-Nutzern aber auch vielen Anliegern ist groß. Denn die durchaus vorgenommenen Kompensationsmaßnahmen wie die Verdoppelung des Bustaktes von Werder nach Potsdam greifen aufgrund der fehlenden Busspur zwischen Werder und Potsdam eben nicht. Busse haben in den Stoßzeiten konstant bis zu 50 Minuten Verspätung. Die klammheimliche Verlängerung der Versuchsdauer durch die Verwaltung sorgt für zusätzliche Verärgerung. 3 Monate hatte die SVV beschlossen - zwischen 8 und 10 wollte die Verwaltung durchsetzen. DIE LINKE hatte mit ihrem Antrag in der Juni-Sitzung die Einhaltung des ursprünglichen SVV-Beschlusses eingefordert. Im Bau-Ausschuss gab es nun zumindest ein kleines Zugeständnis: Nach einer Evaluation, die im November vorgelegt werden soll, soll ggf. auch ein vorfristiger Abbruch in Erwägung gezogen werden, sofern sich die erhoffte Absenkung der Luftschadstoffwerte nicht einstellt. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies auf die zahlreichen Reaktionen aus der Bevölkerung. Die Lösungen dürften nicht auf dem Rücken der Bürger\*innen herbeigeführt werden. 32 Stadtverordnete lehnten den Antrag der LINKEN dennoch ab. Unbestritten ist - effektive Maßnahmen zur Verbesserung der innerstädtischen Luftqualität sind dringend erforderlich. Dazu gehörten die Reduzierung des Individualverkehrs und die Stärkung von ÖPNV und Fahrradverkehr. Die Art und Weise, wie der aktuelle Versuch geplant, durch- und umgesetzt wird, wird die Akzeptanz künftiger Maßnahmen aber wohl nicht stärken. Überzeugen kann man Menschen durch attraktive Alternativen - nicht durch Verbote oder Busse und Bahnen, die dann ebenfalls im Stau stehen.



### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr  
(Sommerferien vom 20. Juli bis 01. September 2017)  
28. August 2017; 04.; 11.; 18. und 25. September 2017

### 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal; Beginn 15 Uhr  
13. September 2017

### Frühschoppen Rathausreport Live

17. September 2017; Beginn 10 Uhr  
Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37-39; Stadtteil Am Stern

### Ausgabe

#### „Rathausreport“ Nummer 7/2017

Stadthaus, Raum 3.107  
22. bis 26. September 2017 (außer Sa. und Sonntag)

### Info- Stände in den Stadtteilen

22. und 23. September 2017  
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 33. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

## Probleme im „Bürgertreff“ und auf dem Sportplatz in Waldstadt

Das „Haus der Begegnung“ in der Potsdamer Waldstadt II war traditionell der Ort für den Frühschoppen „Rathausreport live“ am 9. Juli. Und es zeigte sich wieder: Die BürgerInnen haben großes Interesse an den Ergebnissen der 32. SVV-Sitzung und am Disput über die aktuelle Stadtpolitik mit den LINKEN Stadtverordneten – mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdB), mit der Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller und Solveig Sudhoff.

Zu Beginn ging es wie immer um die Inhalte der jüngsten SVV-Beratung. Fraktionschef Scharfenberg erläuterte den Standpunkt seiner Fraktion in Sachen Erhalt der Biosphäre. Unverständlich ist es für DIE LINKE und den „Normalverbraucher“ Potsdams, dass die Tropenhalle abgerissen werden soll. Einem Zusatzantrag der LINKEN, die BürgerInnen per Umfrage entscheiden zu lassen ob „Abriss“ oder „Erhalt“ der Biosphäre, stimmten die anderen Parteien nicht zu. Ein „Expertenworkshop“ soll nun im November noch einmal alles abwägen – auch einen möglichen Abriss. Dieser Verzögerungstaktik stellt sich DIE LINKE vehement entgegen.

Nicht so negativ reagierte der Oberbürgermeister auf den möglichen Erhalt des „Minsk“. Hierzu soll in den Ausschüssen weiter beraten werden.

Breiteren Raum nahm in der Diskussion das Baustellenchaos in der Stadt und das Experiment Zeppelinstraße ein (siehe Berichterstattung in diesem Heft). Die Frühschoppen-Teilnehmer waren sich einig: Diese Maßnahmen sorgen für ein fast nicht mehr zu bewältigendes Verkehrschaos – besonders zu den Spitzenzeiten.

Im zweiten Teil waren die LINKEN Stadtver-

ordneten daran interessiert, welche Probleme und Fragen die BürgerInnen vor allem in Waldstadt bewegen. Hierzu nutzte der Stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative Waldstadt (BIWA) e.V. und gleichzeitige Leiter



des BIWA-Bürgertreffs, Dr. Dittmar Zengering, die Gelegenheit und sprach zwei Probleme an. So soll seit runden drei Jahren im Bürgertreff, dem Nachbarschafts- und Begegnungshaus im Stadtteil, das Dach saniert und eine Toilette neu eingebaut werden. Bis dato weiß die BIWA jedoch nicht, wann das geschehen soll. Dr. Scharfenberg wird das Problem auf Bitten der BIWA und im Sinne der Waldstädter weiter verfolgen.

Ein zweites Problem war und ist der Waldstädter Sportplatz am Kahleberg. Hier trainiert und spielt zum Beispiel der Freizeitsportclub (FSC) Waldstadt. Der Platz hat vor allem dringenden Bedarf an notwendigen Instandhaltungsarbeiten. Die Tartanbahn wurde bereits saniert. Der Kunstrasenplatz zeigt jedoch schlimme Löcher, denn der kürzliche Horror-Regen hat ganze Teile einfach weggespült. Hier muss sofort repariert werden. Dr. Scharfenberg sicherte auch hier zu, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Das waren die zum „Rathausreport live“ aufs Tapet gebrachten Probleme aus der Waldstadt. Ein Stadtteil, in dem Vieles offenbar im Guten ist. *-bm*

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam